



Mahnwache in Büren: Mit einem symbolischen Straßenschild erinnert der Verein für Menschen in Abschiebehaft an den Tod des Marokkaners Rachid Sbaai vor fünf Jahren.

FOTO: JULIKA GAUSMANN

Grünstreifen erinnert an Sbaai

Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft gedenkt des fünften Todestages

VON JULIKA GAUSMANN

■ **Büren.** „Wir sind hier, um des Todestages von Rachid Sbaai zu gedenken und um Antworten auf unsere offenen Fragen zu bekommen“, sagte Frank Gockel vom Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren. Jedes Jahr am 30. August demonstriert der Verein friedlich vor den Toren der Bürener Justizvollzugsanstalt, der größten Abschiebehaftanstalt Deutschlands.

An diesem Datum ist 1999 der Marokkaner Sbaai ums Leben ge-

kommen. In der Arrestzelle setzte er seine Matratze in Brand und starb in den Flammen. „Er betätigte den Alarmknopf, genau wie ein Mitgefangener, der in der Zelle nebenan seine Schreie hörte, aber das Büro war polizeilichen Ermittlungen zufolge nicht besetzt“, so Gockel. Warum war dieser Alarmraum nicht besetzt? Warum haben die Beamten nicht reagiert? Und warum wurde der Zeuge aus der Nebenzone nach diesem Ereignis in eine andere Haftanstalt verlegt? Das sind einige der Fragen, auf die Gockel immer noch Antworten sucht.

Der 30. August ist ein schicksalhaftes Datum: Drei weitere Menschen kamen an diesem Tag in Zusammenhang mit der Abschiebehaft deutschlandweit ums Leben. Aus diesem Grund ernannte der Verein den kleinen Grünstreifen vor der Anstalt zum „Platz des 30. August“. Bleibt nun abzuwarten, wie lange das aufgestellte Schild mit den Namen der Toten stehen bleibt.

Eine vor zwei Jahren errichtete Skulptur zum Gedenken an Sbaai und alle Häftlinge, die in den Zellen einer ungewissen Zukunft entgegen blickten, wurde

noch in der gleichen Nacht seitens der JVA Büren weggeräumt.

Die anwesenden Polizeibeamten hatten keinen Grund in den friedlichen Aufmarsch einzugreifen. Zwar hatten sie ein weiß-rotes Absperrband über die Straße gespannt, was auf die etwa 20 Demonstranten „vollkommen unverhältnismäßig“ wirkte, Polizeikommissar Andreas Michels von der Polizeiinspektion Schloss Neuhaus sprach aber von „einfachen Sicherheitsvorkehrungen“: „Es ist jedermanns gutes Recht für oder gegen etwas zu demonstrieren.“